

Zusammenfassung

Das Plenum der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK verabschiedete im Mai 2021 eine Vision zur Partizipation. Es beauftragte zudem das Generalsekretariat SODK, in einem partizipativen Prozess mit Partnerinnen und Partnern sowie Betroffenen einen praxisorientierten Leitfaden für kantonale Behörden zu erarbeiten.

Die vorliegende CAS-Arbeit beschreibt die rechtliche Ausgangslage und die Terminologie. Gestützt auf eine im Dezember 2021 durchgeführte Umfrage schildert sie die Erfahrungen der kantonalen Sozialamtsleitenden (und kommunale Behörden) mit partizipativen Prozessen. Sie ermittelt den Bedarf und die Erwartungen der kantonalen Behörden an Unterstützung durch die interkantonale Ebene der SODK. Diese Bedarfsklärung schafft die konzeptuelle Grundlage für das weitere Vorgehen der SODK im Thema.

Die durchgeführte Umfrage zeigte, dass die befragten Behörden in den Kantonen und Gemeinden durchaus sensibilisiert sind bezüglich Notwendigkeit und Nutzen der Partizipation, dass jedoch der Grad an Vertrautheit mit dem Thema, an Know-How und der Erfahrungsstand sehr stark differieren. Die gute Mehrheit der kantonalen und kommunalen Fachverantwortlichen (60%) hatte bereits eigene Erfahrungen im Thema gesammelt.

Eine eingeschränkte Recherche der kantonalen Gesetzgebungen und der kantonalen Praxis zu den beiden Zielgruppen Menschen mit Behinderungen sowie Kinder und Jugendliche offenbarte, dass einige Kantone bereits weit fortgeschrittene, politisch akzeptierte sowie realitätsnahe Modelle zur direkten Teilhabe (im Sinne der Selbstvertretung) von Betroffenen entwickelt haben. Diese Modelle können anderen Kantonen als gute Praxis dienen, was gemäss der empirischen Umfrage auf Interesse stossen würde. Denn es besteht bei befragten Fachverantwortlichen in den Kantonen in einer überwiegenden Mehrheit die Bereitschaft, Partizipation in verschiedenen Handlungsfeldern zu fördern und sie Betroffenen zu gewähren.

Ausgehend von der Analyse, dass sich die Fachverantwortlichen vor allem Unterstützung in praktischen Fragen wünschen, dass sie die guten Praktiken in anderen Kantonen kennen möchten und dass sie sich die erforderliche Methodenkompetenz selbst aneignen müssen, scheinen der (kontinuierliche) Austausch sowie die geordnete Wissensvermittlung über einen längeren Zeitraum hinweg wichtige Kriterien zu sein. Diese Ziele erreicht ein statischer Leitfaden zur Partizipation nicht. Zielbringender scheint es, dass für die kantonalen Behörden eine elektronische Plattform mit organisiertem physischem Austausch geschaffen wird.